

Landtag**Drucksache 21/1896****21. Wahlperiode**

23. Juli 2026

Antrag der Fraktion der CDU**Die Steuer macht das Amt – auch im Land Bremen!**

56 Tage haben Steuerzahler im Land Bremen 2025 durchschnittlich auf ihren Steuerbescheid gewartet. Damit findet sich der Senat Bovenschulte einmal mehr auf dem gewohnten letzten Tabellenplatz in einem bundesweiten Vergleich wieder. Verständlicherweise entstehen aus solchen von der politischen Führungsspitze achselzuckend hingenommen Problemen Frust und Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates. Denn die Abgabe der Steuererklärung ist ein regelmäßiger Kontaktpunkt fast jedes Bürgers zum Staat. Wenn es hier nicht läuft, hat das über den Einzelfall hinaus Auswirkungen auf die Wahrnehmung staatlicher Dienstleistungen.

Frust gibt es aber nicht nur bei den steuerzahlen Arbeitnehmern und Unternehmen, sondern auch bei den Beschäftigten der Finanzverwaltung. Seit Jahren häufen sich die Beschwerden über unzuverlässige IT-Systeme, eine überalterte Arbeitsplatzausstattung und eine wenig wertschätzende Personalpolitik. Auf diese Defizite nur mit hohen Ausbildungszahlen reagieren zu wollen, zeigt die Kreativlosigkeit und den fehlenden Realitätssinn des Senats Bovenschulte. In Zeiten des demografischen Wandels kann der Staat seine Probleme nicht allein durch zusätzliches Personal lösen, das durch den demografischen Wandel absehbar nicht mehr ausreichend vorhanden sein wird.

Notwendig ist dagegen eine Offenheit für innovative Ideen und die Bereitschaft, Neues auszuprobieren. Einen solchen Weg ist das Hessische Finanzministerium mit seinem Modellprojekt „Die Steuer macht das Amt“ gegangen. Für einen Großteil der Arbeitnehmer-Steuererklärungen liegen die notwendigen Informationen, beispielsweise durch Meldungen der Arbeitgeber, bereits beim Finanzamt vor und häufig werden jahrelang keine zusätzlich abzugsfähigen Aufwendungen oberhalb der gesetzlichen Pauschalbeträge angegeben. Dennoch wird jede dieser Steuererklärungen einzeln vom Arbeitnehmer ausgefüllt und vom Finanzamt bearbeitet.

Ausgehend von dieser Beobachtung hat das Hessische Finanzministerium in einem seiner Finanzämter ein Pilotprojekt aufgesetzt. Dabei wurde erklärungsspflichtigen Steuerzahlern, die trotz Fristüberschreitung ihre Steuerklärung noch nicht eingereicht hatten, ein standardisierter Vorschlag für ihre Steuerklärung zugesendet. Falls sie nicht widersprachen, galt die Zustimmung als erteilt. In der nachfolgenden Auswertung stellte sich heraus, dass 75 Prozent der angeschriebenen Bürger den Vorschlag ohne Änderungen akzeptiert hatten. Statt aufwendiger Mahnverfahren war ein für alle einfaches Verfahren

gefunden. In der Folge wird Hessen das Projekt nunmehr erweitern und landesweit ausrollen. Dem haben sich bereits fünf weitere Bundesländer angeschlossen.

Auch das Land Bremen sollte sich aufmachen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Und zwar nicht einfach, indem man komplizierte Prozesse mit einer fehlerhaften Software umsetzt, sondern indem man ganz neu denkt und neue einfachere praktikable digitale Prozesse implementiert. Das Land Bremen sollte bald schon mutig vorangehen. Doch vorerst sollte es sich zumindest funktionierenden Ansätzen nicht verschließen und als Early Follower schnell zu den erteilten Vorreitern aufschließen. Das Land Bremen kann besser und schneller werden. Starke Kompetenzen innerhalb der Fachebene der Verwaltung liefern hierfür gute Voraussetzungen. Jetzt braucht es nur noch den politischen Willen, dies auch zu nutzen.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. das Modellprojekt „Die Steuer macht das Amt“ unverzüglich flächendeckend im Land Bremen einzuführen,
2. dem Haushalts- und Finanzausschuss jährlich einen quantitativen Bericht zur Bilanz des Modellprojekts vorzulegen

Jens Eckhoff, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

Anlage(n):

- keine